

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Sahra Wagenknecht, Ali Al-Dailami, Sevim Dağdelen, Klaus Ernst, Andrej Hunko, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Zaklin Nastic, Jessica Tatti, Alexander Ulrich und der Gruppe BSW**

### Von Österreich lernen – Eine gute Rente für alle

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ist die wichtigste Säule der Altersabsicherung in Deutschland. Sie stellt für die meisten Menschen in Deutschland die mit Abstand verlässlichste und bedeutendste Einkommensquelle im Ruhestand dar; für nicht wenige auch die Einzige, insbesondere bei Frauen und in Ostdeutschland.

Die gesetzliche Rente in Deutschland ist in den vergangenen 20 Jahren jedoch immer weiter gesenkt worden. Das Ergebnis ist, dass Deutschland trotz seiner noch starken Volkswirtschaft mit einem Rentenniveau von 48 Prozent (Sicherungsniveau vor Steuern) im Vergleich zu den 37 anderen Staaten der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) im unteren Drittel liegt. Die in Deutschland durchschnittlich gezahlten gesetzlichen Altersrenten lagen im Jahr 2022 bei 1444 Euro (brutto) pro Monat – für die Männer. Frauen bekamen noch weniger – 964 Euro (brutto). Über die Hälfte der deutschen Rentnerinnen und Rentner haben einen Rentenzahlbetrag von unter 1.100 Euro im Monat.

Im Juni 2023 bezogen bundesweit 691.820 Menschen im Rentenalter Grundsicherung. Das sind 63.250 Menschen mehr als noch im Juni 2022 – ein deutlicher Anstieg innerhalb eines Jahres. Durch die hohe Inflation der vergangenen Jahre werden die Renten zusätzlich entwertet.

In Nachbarstaaten wie den Niederlanden oder in Österreich liegt das Rentenniveau deutlich höher. In Österreich hat eine Rentenreform dazu geführt, dass Rentnerinnen und Rentner nach 45 Beitragsjahren 80 Prozent ihres Lebenseinkommens erhalten (Bruttorentenniveau). Das sind durchschnittlich 800 Euro mehr im Monat, als Rentnerinnen und Rentner in Deutschland erhalten. Möglich sind höhere Rentenzahlungen in Österreich primär dadurch, dass es eine Rentenkasse für alle Erwerbstätigen gibt, in die auch Beamte, Selbstständige und Parlamentsabgeordnete einzahlen.

In Deutschland hingegen machen sich viele Menschen Sorgen um ihre finanzielle Zukunft im Rentenalter. In einer NDR-Umfrage aus dem Februar 2024 antworteten 67 Prozent der Befragten, sich große oder sehr große Sorgen darum zu machen, im Alter arm zu sein. Gleichzeitig haben viele Menschen weiterhin die Hoffnung, dass die gesetzliche Rente gestärkt wird und ein würdevolles Leben im Ruhestand ermöglicht. Umso wichtiger ist es, eine wirkungsvolle politische Entscheidung zu treffen, die den Wählerwillen in der Frage der gesetzlichen Rente repräsentiert.

Die von der Bundesregierung geplante Aktienrente (Generationenkapital) birgt ein hohes Risiko. Es ist ungewiss, ob der geplante Fonds von 200 Milliarden Euro am Aktienmarkt deutlich mehr Rendite abwirft, als alleine an Zinsen, für die auf Pump finanzierten 200 Milliarden Euro fällig werden. Eine Spekulation mit Steuergeldern in Höhe eines halben Jahreshaushalts des Bundes ist kein verantwortlicher Umgang mit der gesetzlichen Rente. Selbst wenn der Fonds die positiven Prognosen der Bundesregierung einigermaßen erfüllen sollte, löst der Weg über den Aktienmarkt das zentrale Problem der großen Rentenlücke für die Mehrheit der Menschen nicht; vor allem nicht für diejenigen, die schon in Rente sind und die Baby-Boomer-Generation, die kurz vor dem Renteneintrittsalter steht und im Übrigen auch nicht für diejenigen, die heute im Erwerbsleben stehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich alle Planungen einzustellen, mit einem Teil der gesetzlichen Rente am Aktienmarkt zu spekulieren;
2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Rentenreform einleitet, die sich am österreichischen Rentenmodell orientiert, insbesondere eine Rentenkasse für alle Erwerbstätigen einführt – inklusive Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Bundestagsabgeordnete – sowie eine Anhebung des Rentenniveaus auf lebensstandardsichernde 53 Prozent umsetzt.

Berlin, den 19. März 2024

**Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe**